Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.40 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92mm br. Millimeterzeile 75 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2mal, Sonntags 1mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 13, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 600. Halle, Dienstag, den 23. Dezember 1919. Einzelpreis 15 Pfg.

Die Auslieferungsfrage.

Wien, 23. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Frage der Auslieferung der Kriegsschuldigen an die Entente äußerte ein hervorragender deutscher Parlamentarier zu dem Berliner Korrespondenten der „Neuen Freien Presse": Die Entente scheint sich nicht im klaren darüber zu sein, welche entscheidende Bedeutung diese Frage für die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands hat. Es ist ausgeschlossen, daß eine von den bürgerlichen Parteien ihre Hände zur Auslieferung Deutscher an ausländische Gerichte bieten wird. Zentrum und Demokraten werden eher aus der Regierung scheiden, als das Auslieferungsverlangen der Entente bewilligen. Selbst unter den Mehrheitssozialisten würde die Auslieferung auf starke Gegnerschaft stoßen. Nur eine aus Unabhängigen und Kommunisten gebildete Regierung würde sich vielleicht bereit erklären, der Entente die von ihr verlangten deutschen Militärs und Beamten auszuliefern. Besteht also die Entente auf ihrer Auslieferungsforderung, so muß sie sich darüber klar sein, daß sie damit wahrscheinlich die gegenwärtige Regierung stürzt, den Unabhängigen und Kommunisten zur Macht verhilft und Deutschland damit dem Bolschewismus ausliefert.

Planmäßige Zugberaubungen.

Frankfurt a. M., 23. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Umfangreiche planmäßige Zugberaubungen, die auf der Strecke Hanau—Aschaffenburg stattgefunden haben, sind jetzt aufgedeckt worden. Die Täter sind auf die Eisenbahnzüge aufgesprungen, in die Gütermagen eingedrungen und haben die dort liegenden Waren herausgeworfen. Helfershelfer fanden bereit, um die Waren in Empfang zu nehmen. Bisher wurden 16 Personen verhaftet. Große Posten Leder und Stoffe, die von solchen Diebstählen herrühren, wurden beschlagnahmt.

Auslieferung Vogels?

Haag, 23. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Das Reuterbüro meldet, daß die deutsche Regierung die Auslieferung des Oberleutnants Vogel wegen Ermordung der Rosa Luxemburg verlangt habe und daß über das Auslieferungsersuchen heute vor dem Harlemer Gericht verhandelt werde.

Hörsing hat sein Amt niedergelegt.

WTB. Breslau, 22. Dez. Reichs- und Staatskommissar Hörsing hat, nachdem die Reichs- und Staatsregierung seiner Bitte um Enthebung von seinem Posten nachgegeben hat, am heutigen Tage sein Amt niedergelegt. Die bisherigen Dienststellen des Reichs- und Staatskommissars in Breslau und Kattowitz sind damit aufgelöst. Zur Erledigung schwebender Anträge ist eine Abwickelungsstelle unter Dr. Gotthilf-Breslau eingerichtet worden.

Die Bergarbeiterverbände kündigen den Lohntarif.

Bochum, 22. Dez. Die vier Bergarbeiterverbände kündigten den am 25. Oktober 1919 abgeschlossenen Lohntarif. Sie ersuchten den Zechenverband, bis 31. Januar 1920 einen neuen Tarif auf der Grundlage höherer Löhne mit ihnen abzuschließen.

Die neue Note in Sicht.

Paris, 22. Dez. Die Führer der alliierten Delegationen unter dem Vorsitz von Clemenceau setzten den endgültigen Wortlaut der Antwort der Alliierten auf die letzte deutsche Note fest. Die Note wird dem Freiherrn von Lersner durch den Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasta, am Dienstag morgen 10 Uhr 15 Minuten im Ministerium des Aeußern mit einem mündlichen Begleitwort überreicht werden. Die Note wird in entschlossenem Tone gehalten sein und der deutschen Regierung klar die Notwendigkeit zu verstehen geben, daß, wenn sie ihren ernsten Glauben an den Tag legen wolle, sie das Protokoll vom 1. November unterzeichnen müsse. Immerhin wird ebenfalls eine durch die Alliierten anzustellende Untersuchung feststellen, daß das verlangte Material nicht mit dem in den deutschen Häfen wirklich vorhandenen übereinstimmt, wie dies von den deutschen Marinesachverständigen dargetan wurde.

Es wird vermutet, daß Herr von Lersner dieses Dokument nicht ohne Berücksichtigung lassen wird. Unter diesen Umständen erscheint es zweifelhaft, ob der Austausch der Ratifikationsurkunden noch im Laufe der letzten Woche des Jahres 1919 erfolgen könne.

Demütigung um jeden Preis.

Berlin, 23. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß die Entente neuerdings die Absicht fallen gelassen hat, gleich nach Inkrafttreten des Friedens die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland auch nur in kleinerem Umfange wieder aufzunehmen. Vielmehr haben sie das Bestreben, die Demütigung Deutschlands auf die Spitze zu treiben, indem sie mit der deutschen Regierung lediglich durch Kontrollkommissionen zur Durchführung des Friedensvertrages verkehren. Die deutsche Regierung wird in diesem Falle selbstverständlich keinen Geschäftsträger nach London und Paris entsenden. Wie wir weiter hören, dürfte Italien in der Angelegenheit der Diplomatie eine Ausnahme machen und die Beziehungen zu Deutschland in offizieller Form wieder aufnehmen.

Neue Weisungen aus London.

Berlin, 23. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die deutsche Sachverständigenkommission in Paris ihre Verhandlungen mit der Entente voraussichtlich noch bis gegen Ende Dezember führen. Die alliierten Delegationen werden am Dienstag und Mittwoch untereinander eine gemeinsame Konferenz abhalten. Die englischen Delegierten werden aus London neue Weisungen erhalten.

Große Schwierigkeiten in der Lebensmittelbelieferung

Berlin, 23. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die Reichsregierung wird demnächst versuchen, die Frage der Lebensmittellieferungen an Deutschland nach Inkrafttreten des Friedens zu einer Neuregelung zu führen. Allem Anschein nach werden sich den Bemühungen Deutschlands große Schwierigkeiten entgegenstellen, da die Alliierten die Frage der Lebensmittellieferungen an Deutschland jetzt sehr nebensächlich behandeln.

Wir schließen hieran noch folgende Meldung, die den „N. N." aus Basel zugeht: Der ehemalige Leiter der alliierten Hilfskommission in Europa, Hoover, macht Vorschläge für die Ernährung der unter der Hungersnot leidenden Gebiete Europas. Seine Vorschläge gehen dahin, daß das Regierungsdepartement die großen Ueberschüsse an Weizen und Mehl unter der Bevölkerung Oesterreichs, Polens, Finnlands und anderer Teile Europas, ausgenommen Deutschland, nach einem leicht zu organisierenden System verteilen soll. Hoover macht nachdrücklich auf den Ernst der Lage aufmerksam. Wenn nicht bald Hilfe geleistet werde, müssen gegen 20 Millionen Menschen in Mitteleuropa verhungern. Hoover befürchtet, daß in ganz Europa Hungerrevolten ausbrechen werden.

Norwegische Hilfe für deutsche Familien.

Ueber 400 kinderreichen bedürftigen Berliner Familien wurde, wie verschiedene Blätter berichten, eine freudige Weihnachtsüberraschung bereitet, indem an sie im norwegischen Generalkonsulat je nach Kinderzahl und Bedürftigkeit 4 bis 9 Pfund gutgeräucherten Speck verteilt wurden, den das Bergener Komitee zur Unterstützung bzw. Unterbringung deutscher unterernährter Kinder als Weihnachtsgabe gesandt hatte. Eine gleiche Menge kommt in Leipzig und Hamburg zur Verteilung.

Meuterei auf einem amerikanischen Dampfer.

New York, 23. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) 11 Mann der Schiffsbesatzung des amerikanischen Transportdampfers, der die amerikanische Friedensdelegation zurückbrachte, wurden wegen Meuterei auf offener See verhaftet. Sechs Leute befinden sich noch im Krankenraum des Schiffes, da sie auf der Ueberfahrt verwundet wurden.

Ein kompromittierter amerikanischer Gesandter.

Genf, 23. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des „Pariser Matin" aus New York beschuldigte ein Artikel des Obersten Harvey den amerikanischen Gesandten in Kopenhagen Norman, im geheimen mit den Bolschewisten verhandelt zu haben. Der Führer der Republikaner Lodge hat mit einem großen Skandal gedroht, wenn der Gesandte nicht sofort abberufen würde. Norman befindet sich auf dem Wege nach den Vereinigten Staaten. Staatssekretär Lansing bestreitet, daß Harvey zurückberufen sei. Er habe vielmehr aus eigenem Antrieb einen Urlaub verlangt. Im übrigen verweigert Lansing jede Aeußerung über den Artikel Harveys.

Weitere Wahlen in Frankreich.

WTB. Paris, 22. Dez. Nach Havas sind bei dem zweiten Wahlgange für die Generalratswahlen gewählt: 407 Konservative und Mitglieder der Action liberale, 1207 Fortschrittliche und Links-Republikaner, 1190 Radikale, Radikal-Sozialisten und sozialistische Republikaner und 167 unifizierte Sozialisten.

Amerika will den Alliierten die Zinsenzahlungen stunden.

London, 22. Dez. Die „Times" melden aus New York: Der Schatzsekretär Glaß ersuchte den Kongreß, die Ermächtigung dazu zu erteilen, daß die Zahlung der Zinsen für die den Alliierten gewährten Anleihen um zwei bis drei Jahre ausgesetzt wird, um durch diese Maßnahme den Gesundungsprozeß des Handels zu beschleunigen. Ferner dringt Glaß auf Lieferung von Lebensmittel für Europa, besonders für Oesterreich und Polen. England hat die Vereinigten Staaten benachrichtigt, daß es bereit sei, sich an dem Unterstützungswerk für Oesterreich zu beteiligen.

Kann und soll die Demokratische Partei eine Kulturpartei sein?

Von Prof. Rade,
Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Unterstaatssekretär Troeltsch hat in seiner mächtig einschlagenden Rede auf dem Leipziger Tage den Parteigenossen gesagt, daß sie sich nicht sollen beikommen lassen, eine neue Kultur schaffen zu wollen. Denn wir Deutschen haben eine Kultur, die ist so groß und reich, daß wir nur eben genug damit zu tun haben, sie uns zu erhalten und daraus zu schöpfen. Eine unsagbar wichtige konservative Aufgabe ist der Demokratie damit zugefallen. Nicht nur was der Liberalismus des neunzehnten Jahrhunderts, nein, was der Idealismus der vorhergehenden Jahrzehnte, noch weiter zurück die Aufklärung, noch weiter die Reformation, noch weiter das Mittelalter an geistigen Gütern hervorgebracht haben, das alles ist ein Reichtum, der erst recht erkannt und ausgebeutet werden will, — der aber auch erkannt und ausgebeutet werden muß, wenn wir nicht zugrunde gehen sollen. Denn eine neue Kultur anstelle dieser alten zu setzen, sind wir nicht imstande. Die in hohem Grade geschichtslose Sozialdemokratie mag sich das einbilden: wir Demokraten dürfen nicht in den gleichen Fehler verfallen. Und wir dürfen diesen Schatz der Vergangenheit, der heute unser einziger Reichtum ist, nicht dem Zentrum überlassen. Das saugt sich freilich mit seinen Wurzeln immer aufs neue fest an dem Kulturerbe der Väter, und wir erleben täglich, welche Kraft es von daher zieht. Aber so recht es daran tat, es wird in seiner konfessionellen Begrenztheit der Fülle unserer Vergangenheit nicht gerecht. So ist und bleibt die Demokratische Partei unter den Parteien der regierenden Mehrheit diejenige, welche für die rechtschaffene Verwertung unserer vorhandenen Kultur die größte Verantwortung trägt.

Es geht schon aus unserem beiläufigen Vergleich der drei Parteien hervor, daß mit der Treue an die alte Kultur nicht alles getan ist. Zentrum, Sozialdemokratie und wir — es ist da eben ein großer Unterschied. Und es ist da durchaus die Möglichkeit gegeben, daß wir Demokraten uns ganz ausdrücklich und vornehmlich als Kulturpartei fühlen, behaupten und auswirken. Nur wenn wir das tun, werden wir über die ungeheuren politischen Schwierigkeiten, denen wir ins Auge sehen müssen, Herr werden.

Es ist dann freilich nicht damit getan, daß wir auf unseren Parteitagen schöne Vorträge über die Kulturfrage hören und dann befriedigt nach Hause gehen. Sowohl Naumanns einschlägige Rede im Juli wie nun Troeltschs ernteten herzlichsten, nicht endenwollenden Beifall. Es waren das anerkanntermaßen die Höhepunkte der Tagung. Gönnen wir allen Zuhörern solche Höhepunkte. Aber was sind sie für die Partei, für unser Volk, wenn sie nur „Höhepunkte" bleiben? Wenn sie durch die Seelen hallenden wie ein Rausch, aber es wird keine tätige Einsicht, kein zielbewußter Wille dadurch gezeitigt? Matt nur pulsierte die Erörterung. Diesmal nach Troeltschs Vortrag; auf Naumanns Rede folgte damals so gut wie gar kein Austausch. Was nützt der größte Eindruck, wenn er nicht in einer davon bestimmten Bewegung der Masse seinen treuen Ausdruck findet? Die paar Sätze, die den Kulturteil unseres Programms bilden, werden es freilich auch nicht tun. Sie sind nur der bruchstückartige Niederschlag zufällig in den Vordergrund tretender Stimmungen und Bestrebungen. Das Wesentliche ist der feste Wille zu einer Gesamtkultur, zur Konzentration, d. i. zur Sammlung in einem gemeinsamen geistigen Besitz.

Es ist möglich, daß Troeltsch recht hat: Größeres als die Güter der Vergangenheit kann der Geist auch der heutigen Zeit nicht bieten. Denn auch die Ideen der Revolution, sofern sie sich heute erst durchsetzen wollen, sind ererbtes Gut. Aber auch dann, wenn das ganz richtig ist, bleibt unserer Partei eine unermeßlich große Aufgabe: eben diese Ideen, diese von den Vätern ererbte Kultur, der Masse des Volkes zugänglich zu machen und diese Masse zu beseelen. Denn das Neue und Charakteristische der Revolutionsepoche, in der wir leben, ist, daß die bis dahin mehr oder minder unterdrückte Masse nach oben gekommen ist. Sie hat Macht gewonnen, und damit Ansehen. Bei niemandem und nirgends mehr ist die suffisante oder patriarchalische Massenverachtung heute noch möglich, die im alten Staatswesen von seiten der Obrigkeit und der privilegierten Stände trotz allem menschlichen Wohlwollen durchaus geübt wurde. Ist aber die Masse durch Macht zu Ansehen und Ehre gelangt, so muß ihr nun rückhaltlos alles zugeführt werden, was die alte Kultur an geistigen Werten besitzt. Das ist die dringendste, vornehmste Aufgabe des demokratischen Staates. Deshalb steht im Mittelpunkte seiner Interessen von Rechts-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191223032/fragment/page=0001

wegen die Schule. Die „Einheitsschule". Vom Kindergarten bis zur Universität. Die Volkshochschule!

Aber mit dem Staate zusammen muß die Freiwilligkeit zum gleichen Ziele wirken, in allerlei Formen. Auch in den Kirchen, der katholischen wie der evangelischen: diese Organe können schlechthin nicht entbehrt werden. Jede Kirchenfeindschaft, die ihre Hilfe ablehnt, die durch ihre Unterdrückung weiterzukommen hofft, ist eine Kurzsichtigkeit. Nicht gegen die Kirchen, sondern sie mit hineinziehend in die Aufgabe des Tages, muß das neue Gemeinwesen sich auswirken.

Dazu bedarf es Einsicht, Aufklärung und Arbeit. Die Demokratische Partei soll sie leisten. Sie wird eine Kulturpartei sein und als solche über die vielen Klippen hinwegkommen, die im wirtschaftlichen Interessengebiet ihr Not machen. Oder sie wird keine Kulturpartei sein und dann in Gruppen und Richtungen auseinandergehen, die schließlich kein Programm und keine Führung zusammenhalten kann. So sonderbar es manchem heute klingen mag: unsere Einheit und Einigkeit liegt im Kulturprogramm. Ob wir katholisch sind oder evangelisch, Juden, Atheisten oder sonst Menschen von sonderlicher Art, hier in der gemeinsamen Würdigung und Verwertung unseres großen deutschen Geisteserbes müssen wir uns finden. Hier müssen wir immer neu die Kraft holen, die uns befähigt, schöpferisch die Aufgaben der Zeit anzufassen. Hier müssen wir die Tugenden entwickeln, welche unser demokratisches Staatswesen anziehend machen auch für die Volksgenossen, die noch mißtrauisch und zögernd von ferne stehen.

Wo ist die schützende Regierung?

Aus Hadersleben wird dem „L. A." geschrieben: Vor etwa vier Monaten ging durch Hadersleben-Christiansfeld bis zur dänischen Grenze ein Menschenstrom, der täglich 2—3000 Menschen zählte, alle wollten sie Waren in Dänemark holen. Unsere fallende Währung hat das Gegenteil bewirkt; jetzt kaufen die Dänen von uns Lebensmittel und zahlen für ein Ei 30—50 Oere, d. h. in Mark 3—5. Ein Stück Eier ist gleich 6 Kr. oder 60 Mk. in deutscher Währung. Nun, wo Weihnachten sich nähert, ist der Preis konstant 8 Kr. oder 80 Mk. pro Stück. Ein Roggenbrot, das hier 1,50 Mark kostet, ist an der dänischen Grenze für 25 Oere, d. h. 10 mal 10 Mark gleich 2,50 zu haben. Geflügel, Eier, Brot wird also in großen Mengen nach Dänemark ausgeführt. Die Bevölkerung Nordschleswigs ist sicht eine darbende geworden, ja, die Magenkrämpfe ist so brennend, daß namentlich kinderreiche Familien hier sagen: „Wären wir doch bald dänisch, damit das endlich geändert werde und wir dänische Fleischtöpfe sehen könnten."

Jeden Tag erwartet man mit Recht, daß die Ausfuhr verboten werde, auch von dänischer Seite würde man das in unserer Lage für natürlich halten; aber in den Schaufenstern aller Lebensmittelhandlungen in Kolding liest man: Billige nordschleswigsche Butter, billige nordschleswigsche Eier und Geflügel. Das Ausland lebt billig auf unsere Kosten, wir verarmen täglich weiter, tiefer. Alle aber fragen sich: Wo ist die schützende Regierung?

Der Fall Scheidemann — Sklarz.

Eine Erklärung von Sonnenfeld-Vater.

Der Vater des in der Sklarz-Affäre viel genannten Sonnenfeld, H. Sonnenfeld, Charlottenburg, Herdersstr. 1, endet der „Tägl. Rdsch." zu der Veröffentlichung in der „Zukunft" eine Erklärung, der folgendes entnommen ist:

Der „Vorwärts" und die meisten Führer der S. P. D. haben von dem Briefe meines Sohnes, aus dem die „Zukunft" nur einen sehr kleinen Auszug bringt, schon seit etwa drei Monaten vollständige Kenntnis. In diesem Briefe von etwa 18 eng beschriebenen Folioseiten sind andere, die weiteste Oeffentlichkeit ungemein interessierende Dinge enthalten. Warum hat die darin angegriffene S. P. D. bezw. deren bekanntester Führer, bis jetzt zu diesen Anschuldigungen geschwiegen, obwohl sie um eine Klärung angegangen worden war? Jetzt endlich, vor wenigen Tagen erst, hat die S. P. D. beschlossen, zur Untersuchung des Falles Sklarz einen Ausschuß zu bilden. Reichlich spät, um das sinkende Schiff zu retten! Will das deutsche Volk die Wahrheit unverhüllt erfahren, dann fordere es zur Klärung des Falles „Scheidemann, Parvus, Sklarz und Genossen" — denn nur um einen solchen handelt es sich um die Oeffentlichkeit — einen Ausschuß der Deutschen Nationalversammlung als Forum.

Die Behauptung meines Sohnes, betreffend Liebknecht und Luxemburg, stütze ich insoweit, als ich nicht nur seinerzeit schon Kenntnis davon besaß, sondern als ich jetzt durch Eid zu erhärten bereit bin:

1. daß auch mir gegenüber seinerzeit im Reichstag von einer dem „Volksbeauftragten", resp. dem „Ministerpräsidenten Scheidemann" sehr nahestehenden Seite erklärt wurde, daß für den Tod von Liebknecht, Luxemburg 100 000 Mk. bereitgestellt seien und zwar von Scheidemann und Sklarz.

2. daß ich willens und in der Lage bin, den Beweis dafür zu erbringen, daß aus Mitteln des Regiments „Reichstag", die, wie zu erweisen ist, sonst vom Reich gedeckt wurden, nach meiner Schätzung mehrere hunderttausend Mark für Zwecke der Propaganda der S. P. D. anläßlich der Wahl zur Nationalversammlung und auch früher schon bezahlt wurden.

Haftbefehle gegen deutsche Offiziere und Soldaten.

Das Kriegsgericht in Lille erließ zahlreiche Haftbefehle gegen deutsche Soldaten und Offiziere, die „wegen Verbrechen" im besetzten Frankreich verfolgt werden. Drei Leutnants und ein Hauptmann wurden in die Zitadelle von Lille eingeliefert.

Wir schließen hieran noch folgende Meldung: „Daily Telegraph" meldet aus Paris, daß mehr als 350 deutsche Kriegsgefangene nach Paris überführt würden, wo sie „wegen Verbrechen im Kriege" abgeurteilt werden sollen.

Deutsche Geiseln in Belgien!

Von amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß die belgische Regierung sämtliche deutsche Kriegsgefangene in die Heimat entlassen hat. Sie behält jedoch 20 als Geiseln zurück, weil angeblich in Deutschland noch belgische Kriegsgefangene in einzelnen Lagern oder in Gefängnissen sein sollen. Bisher hat die auf ähnliche Behauptungen der Ententepresse stets angestellte Untersuchung ausnahmslos ergeben, daß kein Wort daran wahr ist. Wenn sich irgendwo, namentlich auf dem platten Lande, noch feindliche Soldaten herumtreiben sollten, so wollen sie eben nicht heimkehren, wahrscheinlich, weil sie in der Heimat irgendetwas auf dem Kerbholz haben. Das ist insbesondere auch der belgischen Regierung nachgewiesen worden.

Die Steuersätze des Reichsnotopfers.

Unter die Abgabepflicht des nunmehr endgültig verabschiedeten Gesetzes über das Reichsnotopfer fallen alle natürlichen Personen, deren Vermögen mehr als 5000 Mk. beträgt. Dieser Betrag ist bei jedem darüber hinausgehenden Vermögen von vornherein in Abzug zu bringen. Bei Ehegatten, deren Vermögen für die Veranlassung zusammengerechnet wird, werden als nichtabgabepflichtig 10 000 Mk. in Abzug gebracht. Der Steuertarif beginnt mit 10 v. H. (für alle abgabepflichtigen Vermögensbeträge bis zu 50 000 Mk.) und endet mit 65 v. H. (bei den ganz großen Vermögen). Die Sätze sind gestaffelt; sie betragen für die ersten 50 000 Mk. 10 v. H., für die nächsten (angefangenen oder vollen) 50 000 Mk. 12 v. H. Von einem Vermögen von 100 000 Mk. (bei Ehegatten) abgabepflichtig 90 000 Mk.; daher zu zahlen 10 v. H. von 50 000 Mk. gleich 5000 Mk. plus 12 v. H. von 40 000 Mk. gleich 4800 Mk., insgesamt 9800 Mk.

Die Abgabe kann in einem Betrage im voraus entrichtet werden. Dem Abgabepflichtigen werden in diesem Falle vergütet für Barzahlungen bis 30. Juni 1920 8 v. H., für Barzahlungen in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 4 v. H. Die Abgabe kann auch auf eine Reihe von Jahren verteilt werden. In diesem Falle ist die Abgabe mit 5. v. H. zu verzinsen und einschließlich dieser 5 v. H. eine jährliche Tilgungsrente in Höhe von 6½ v. H. der Abgabe zu zahlen. Im ersten Jahr werden demgemäß nur 1½ v. H. der Abgabeschuld getilgt. Die völlige Tilgung würde etwa 28 Jahre erfordern. Für den Teil der Abgabe, der auf den Grundbesitz entfällt, kann auf Antrag eine jährliche Tilgungsrente in Höhe von 5½ v. H. als öffentliche Last in das Grundbuch eingetragen werden.

Nachstehend sind Steuerbeträge (bei unverheirateten bis zu einem Kinde) zusammengestellt:

Vermögen in Mark	Steuerbetrag in Mark	Vermögen in Mark	Steuerbetrag in Mark
6 000	100	60 000	5 600
7 000	200	70 000	6 800
8 000	300	80 000	8 000
9 000	400	90 000	9 200
10 000	500	100 000	10 400
20 000	1 500	200 000	25 250
30 000	2 500	300 000	45 000
40 000	3 500	400 000	65 000
50 000	4 500	500 000	89 750

Ermäßigungen der Steuerbeträge treten ein, wenn zwei oder mehr Kinder vorhanden sind. In diesem Falle sind außer den 10 000 Mk. für die Eltern (s. oben) für das zweite und jedes weitere Kind je 5000 Mk. vom Vermögen in Abzug zu bringen. Ferner wird die Abgabe von dem der Zahl der Kinder entsprechenden Vielfachen von 50 000 Mk. des abgabepflichtigen Vermögens nur zum Satze von 10. v. H. erhoben. Für Ehegatten ohne Kinder oder mit einem Kind beträgt bei 100 000 Mk. Vermögen das Reichsnotopfer 9800 Mk., wie oben, für Ehegatten mit zwei Kindern bei demselben Vermögen nur 8500 Mk., da in Abzug zu bringen sind 15 000 Mk. (10 000 Mk. plus 5000 Mk.) und der Steuersatz auch für die über die ersten 50 000 hinausgehenden restlichen 35 000 Mk. nur 10 v. H. (5000 Mk. plus 3500 Mk.) beträgt.

Zinslose Stundung der Abgabe muß gewährt werden, und zwar ganz oder teilweise, wenn ein Abgabepflichtiger es beantragt, dessen steuerbares Vermögen nicht über 100 000 Mark und dessen Jahreseinkommen nicht über 5000 Mark beträgt. Zinslose Stundung kann auch bei größerem Vermögen bzw. größerem Einkommen gewährt werden, falls sich die Einziehung und Verzinsung der Abgabe als eine besondere Härte erweist.

Deutsches Reich.

Die Verteuerung der Streichhölzer.

Abg. Delius hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt: In den Kreisen des Kleinhandels und der verbrauchenden Bevölkerung ruft eine beabsichtigte Maßnahme des Reichswirtschaftsministeriums her ehliche Mißstimmung hervor. Die Deutschen Zündholzfabrikanten sollen außer der um 150 Mk. erhöhten Steuer auch noch ein Abgabe von 390 Mk. für die Kiste Streichhölzer an die Regierung abführen. Diese Maßnahme würde bei im Inlande erzeugten Streichhölzer um 50 Prozent verteuern.

Kann die Regierung die Gründe angeben, die zu einer solchen Verteuerung Veranlassung geben?

Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Wiedereinführung der Zwangsbewirtschaftung für Sparmetalle.

Die Zwangsbewirtschaftung für Sparmetalle, die am 1. Oktober aufgehoben worden ist, wird, wie dem „Leipz. Tagebl." aus München gemeldet wird, wieder eingeführt werden. Zu diesem Beschluß ist eine Beratung in Berlin gekommen, die das Reichsschatzministerium veranstaltet hat, an der alle Leiter der Zweigstellen der Verwertung des Heeresgutes nach Berlin geladen waren. Die Rückkehr zur Zwangswirtschaft der Sparmetalle ist deshalb notwendig, weil Post und Eisenbahn keinerlei Vorräte mehr an Kupfer, Messing, Bronze und Zinn haben. Die Zwangswirtschaft wird in der Form erfolgen, daß die vorhandenen Bestände beschlagnahmt werden. Nachdem Post und Eisenbahn verlorat sind, wird der Rest an die ersten Verbraucher (Schmelz- und Walzwerke) nach einem bestimmten Schlüssel verteilt werden.

Der Widerstand gegen den deutschen Einheitsstaat.

Berlin, 23. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die Regierung wird von der Einberufung einer Konferenz der Einzelstaaten zur Besprechung der deutschen Einheit vorläufig absehen, da der Widerstand in Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden eine fruchtbare Behandlung der Angelegenheit von vornherein unmöglich mache.

Deutschland — Entente — Deutsch-Oesterreich.

Berlin, 23. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die Ententemächte haben der deutschen Regierung gegenüber ihre Forderungen in bezug auf die Trennung zwischen Deutschland und Oesterreich so kategorisch durchgeführt, daß vorläufig sämtliche Annäherungsversuche der beiden Länder, sogar in wirtschaftlicher Hinsicht, gescheitert sind.

Im Schlußbericht über den demokratischen Parteitag hieß es: „Der Parteitag hat beschlossen, das Wort Bekämpfung der Bodenreform durch Verhinderung der Bodenreform zu ersetzen. Wir werden von Dr. Müller-Bielefeld, als den ersten Unterzeichner des betreffenden Antrages gebeten, darauf hinzuweisen, daß es statt „Bekämpfung der Bodenreform" an beiden Stellen „Verhinderung der Bodenspekulation" heißen muß. Der Parteitag hat sich also ganz auf den Standpunkt der Bodenreform gestellt und diese nicht etwa abgelehnt, wie es nach dem Uebermittlungsfehler scheinen konnte.

Ausland.

Kein Streikrecht der amerikanischen Eisenbahner.

Amsterdam, 21. Dez. Dem „Telegraaf" zufolge hat der Gesetzvorlage angenommen, die den Eisenbahnern das Recht zum Streik nimmt.

Aus der demokratischen Bewegung.

Wippra, 23. Dezember. Am Sonnabend und Sonntag fanden in Wippra, Abberode und Braunschwende öffentliche, von der Demokratischen Partei einberufene Versammlungen statt, in denen Herr Generalsekretär Dornblüth über das Thema „Wie kommen wir wieder vorwärts" sprach. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht, und die Ausführungen des Redners, der auch die Steuerfragen und landwirtschaftliche Fragen in den Kreis seiner Betrachtungen zog, haben der demokratischen Partei, wenngleich auch die Gegner in mitunter recht leidenschaftlicher Form dagegen auftreten, neue Anhänger gewonnen. Besonders wirkungsvoll war die Versammlung in Wippra, da sie dem von der Deutschnationalen Partei stark befeindeten demokratischen Verein in der öffentlichen Versammlung eine namhafte Zahl neuer Mitglieder zuführte. Auch hier arbeiten die Deutschnationalen mit dem niedrigen Mittel, die nationale Gesinnung der Mitglieder der demokratischen Partei zu verdächtigen, die sachliche aber scharfe Abwehr des Redners gegen solche Kampfesweise löste wiederholt offene und laute Zustimmung der Versammlung aus.

•

Alsleben, 22. Dezember. Der demokratische Verein hielt unter der Leitung des Vorsitzenden, Herrn Lehrer Ruhig eine öffentliche Versammlung, die den Saal des Gasthofs zur Post voll füllte. Redner war Abg. Delius, der das Thema: „Deutschlands Wiederaufbau" behandelte. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Aussprache holte sich der Führer der U. S. P. eine derbe Abfuhr. Die Versammlung brachte der Partei einen vollen Erfolg.

Halle und Umgegend.

Halle den 23. Dezember 1919.

Marienweiherde. Die Christvesper am Heiligen Abend, ebenso auch die Abendgottesdienste am 1. und 2. Feiertag, findet um 1½ bezw. eine halbe Stunde nach Aufhebung der Gasperre statt. Sollte wider Erwarten die völlige Gasperre noch weiterhin aufrechterhalten werden, so muß die Christvesper bereits um 3 Uhr stattfinden. Die Kirche ist geheizt.

Vikor Erik van Horst, der vor Jahren mehrere Spielzeiten hindurch auch in Halle wirkte und zuletzt als Bariton-Sänger in Düsseldorf verpflichtet war, ist dort im Alter von nur 42 Jahren gestorben. Da sich van Horst einer starken Gesundheit zu erfreuen schien, kommt sein Tod doppelt unerwartet. Der von der Natur mit einem sehr starken, klangreichen Bariton begabte Künstler wird vielen hallischen Theaterbesuchern als Telramund und Fliegender Holländer, namentlich aber als Sebastiano in D'Alberts „Tiefland" noch in angenehmer Erinnerung sein. Paßte doch seine kräftig zufassende Art für solche Partien besonders. Da schöpfte er aus dem Vollen und schuf packende, Achtung gebietende Leistungen, während die leichtflüssige Grazie Mozarts ihm weniger zusagte.

Bund der Auslandsdeutschen. Sonnabend, 27. Dezember, nachmittags 4 Uhr, gel. Beisammensein „Schulbeiß".

Brunnerts Holzhäger, Lindenstr. Nach vollständiger Renovierung wieder eröffnet. Am 1. Feiertag, vormittags 11 Uhr, findet Gr. Matinee statt, ausgeführt vom Mandolin-Orchester Esbona.

Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe ist dem Bürovorsteher Otto Sennewald, hier, Hafenstraße 42, für seine Tätigkeit während des Krieges als Inspektor beim Reservelazarett Zeitz nachträglich verliehen.

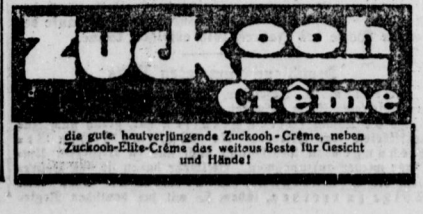
Stadtmission. Zu einer öffentlichen Weihnachtsfeier ladet die Stadtmission für den 2. Feiertag, abends 8 Uhr, ein. Neben einer Reihe neuer Weihnachtsgedichte Gesang und Musikvorträgen wird Herr Pastor Winterberg einen Weihnachtsvortrag halten.

Selbsthilfe. Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Die Hoteliers und Gastwirte haben in ihren Räumen folgenden Anschlag angebracht: „Die Preise werden für alle im Ausland Lebenden um 200 Prozent erhöht."

Kaninchendiebe. In letzter Nacht wurden auf einer Baustelle in der Leostraße mehrere Kaninchenställe erbrochen und fünf Kaninchen im Werte von 200 Mk. gestohlen. Die Diebe sind festgenommen.

Wasserrohrbruch. In der Margarethenstraße entstand ein größerer Wasserrohrbruch.

Taschendiebin. Am 20. Dezember wurde einer Taschendiebin ein Portemonnaie abgenommen, das sie im September d. Js. auf dem Riebeckplatz einer Dame beim Einsteigen in Linie 7 der Straßenbahn von der Handtasche gestohlen haben will. Ferner gibt die Täterin an, am 18. Dezember einer Dame beim Einsteigen in Linie 1 auf dem Marktplatz aus der Handtasche ein Portemonnaie gestohlen zu haben. In diesem Portemonnaie sollen sich Brot- und Briefmarken sowie 1 Zuckermarke befunden haben. Ebenso gibt sie zu, Mitte Dezember in der Annahmestelle des Stadt-Ernährungsamtes einer Frau das Portemonnaie aus der Schürzentasche gestohlen zu haben. Die Geschädigten werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 38 oder 40, zu melden, wo auch das zu 1 bezeichnete Portemonnaie zur Ansicht ausliegt.

Diebstahl. Heute früh gegen 6 Uhr wurde die Schaufensterscheibe eines Schuhwarengeschäfts in der Geiststraße durchstoßen und aus der Fensterauslage ein Paar gelbe Damenhalbschuhe im Werte von 120 Mk. gestohlen. Die Täter sind bisher nicht ermittelt.

Städtischer Verkauf von Reis an Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen in der Talamtschule am Mittwoch, den 24. Dezember. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber